

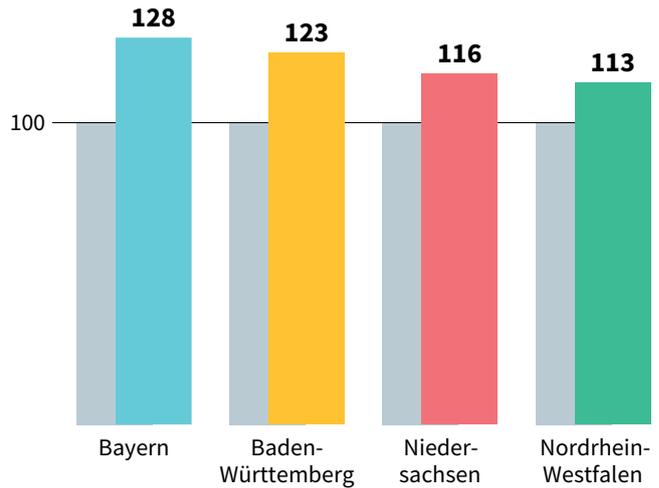
# Der große Check

**Bundesländer-Vergleich.** Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern: Deutschlands vier größte Bundesländer sind wirtschaftlich höchst unterschiedlich aufgestellt. Während der Süden boomt, ist das NRW-Wachstum seit längerem nur spärlich. An Rhein und Ruhr ist deshalb auch die Arbeitslosenquote mehr als doppelt so hoch wie im Freistaat. Wie unter diesen Bedingungen gezielte Standortpolitik aussieht, verraten die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner und ihr NRW-Kollege Garrelt Duin im iwd-Interview.

→ **Seiten 2-5**

## Das Wirtschaftswachstum

Reales Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015, ■ 2000 = 100



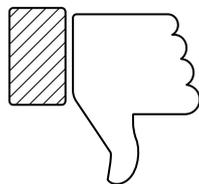
Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder © 2016 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

# 8,0 9,2 Jahre

haben die Autos auf Deutschlands Straßen durchschnittlich auf dem Buckel. Vor sechs Jahren waren die Pkws im Schnitt nur rund **acht** Jahre alt. Ein Grund dafür war die Abwrackprämie, die viele Autobesitzer dazu bewog, ihr altes Gefährt vorzeitig gegen ein neues einzutauschen. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland mehr als 3,2 Millionen Fahrzeuge neu zugelassen.

→ **Seite 7**



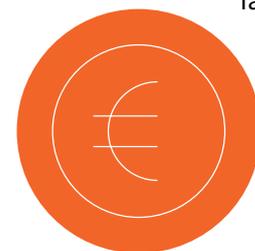
## Daumen runter

**Social Media.** Twitter, Facebook, Instagram und andere soziale Medien werden vor allem von jungen Leuten genutzt. Dieser Social Media Age Gap ist ein weltweites Phänomen, doch nirgends ist die Alterskluft so ausgeprägt wie in Deutschland: Hier sind nur 39 Prozent der über 35-Jährigen in den sozialen Medien aktiv.

→ **Seite 8**

## Was Arbeit kostet

**Personalkosten.** Knapp 41 Euro – so hoch waren die Arbeitskosten im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe 2015 je Arbeitnehmerstunde. Nur wenige Länder müssen höhere Personalkosten verkraften als die westdeutsche Industrie. Zu diesem Ergebnis kommt der 44 Länder umfassende Arbeits-



kostenvergleich des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.

→ **Seiten 10-11**

# Die vier größten Bundesländer im Vergleich

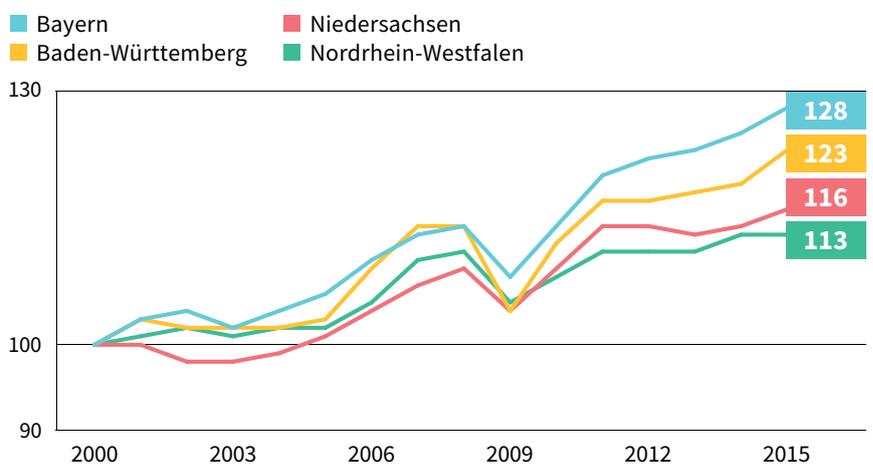
Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern sind die vier größten Bundesländer in Deutschland – sowohl was die Fläche als auch was die Zahl der Bewohner angeht. Damit sind die Gemeinsamkeiten allerdings auch schon erschöpft, denn unter ökonomischen Aspekten schneiden die beiden südlichen Länder deutlich besser ab als NRW und Niedersachsen. Der Freistaat Bayern erzielt seit dem Jahr 2000 im Durchschnitt eine jährliche Wachstumsrate von fast 1,9 Prozent, während das traditionell industriestarke Nordrhein-Westfalen sein Bruttoinlandsprodukt jährlich nur um knapp 1 Prozent steigern konnte. Auf ein Jahr gesehen mag die Differenz nicht allzu groß erscheinen, doch über einen Zeitraum von 16 Jahren ist ein solcher Rückstand verheerend.

Dass das bevölkerungsreichste Bundesland in ernsthaften wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt, zeigen auch einige andere Konjunkturkennziffern. Während die Zahl der Erwerbstätigen in Westdeutschland seit 2000 um 9 Prozent zugelegt hat, fällt das Plus in NRW mit gerade einmal 7 Prozent vergleichsweise schwach aus – noch schlechter hat sich die Erwerbstätigkeit in den westdeutschen Ländern nur in Bremen und im Saarland entwickelt.

Kein Wunder also, dass auch die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen recht hoch ist. Während in weiten Teilen Bayerns und in einigen

## Die Wirtschaft

Reales Bruttoinlandsprodukt, 2000 = 100

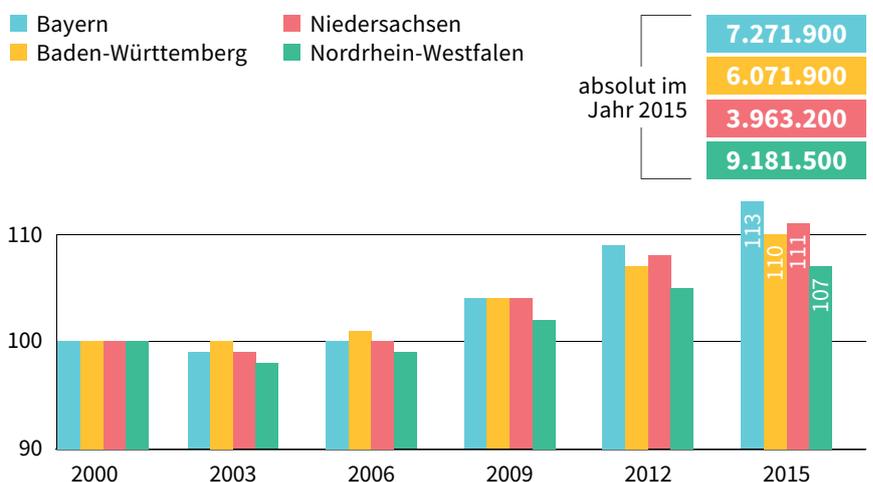


Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder © 2016 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

## Der Arbeitsmarkt

Zahl der Erwerbstätigen, 2000 = 100



Ursprungsdaten: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder © 2016 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

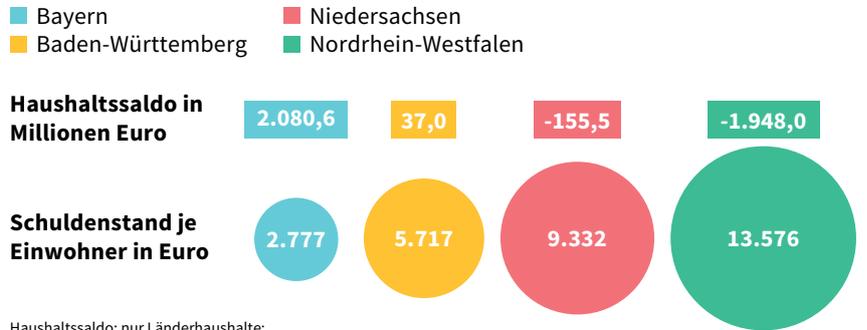
Regionen Baden-Württembergs Vollbeschäftigung herrscht, sind in Nordrhein-Westfalen fast 8 Prozent der Erwerbsfähigen ohne Job. Unter den Flächenländern ist die Arbeitslosenquote nur in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt höher.

Die Wirtschaftsschwäche von NRW wird manchem Unternehmer zum Verhängnis. An Rhein und Ruhr gehen pro Jahr im Durchschnitt fast zwölf von 1.000 Betrieben in die Insolvenz – so viele wie in keinem anderen Bundesland.

Weit entfernt ist NRW auch von einem ausgeglichenen Haushalt – dieses Ziel sollen laut Schuldenbremse bis 2020 alle Länder erreichen. Bayern gelingt es, seit Jahren Überschüsse im Staatshaushalt zu erwirtschaften – und das trotz hoher Beiträge zum Länderfinanzausgleich. Baden-Württemberg erreicht immerhin eine schwarze Null, Niedersachsen muss noch ein wenig konsolidieren. Anders Nordrhein-Westfalen: In Düsseldorf ist die Verschuldung im Jahr 2015 weiter erhöht worden, das Haushaltsdefizit betrug zuletzt annähernd 2 Milliarden Euro.

### Die Staatsfinanzen

im Jahr 2015



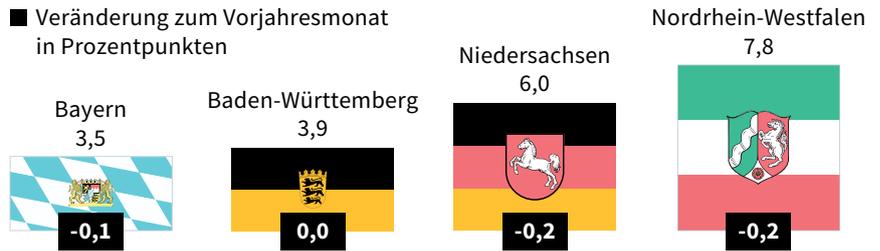
Haushaltssaldo: nur Länderhaushalte;  
Schuldenstand zum 31.12.2015 einschließlich Kommunen

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statista  
© 2016 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

### Die Arbeitslosen

Arbeitslosenquote im August 2016 in Prozent



Quelle: Bundesagentur für Arbeit  
© 2016 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

### Die Unternehmenspleiten

Insolvenzen je 1.000 Unternehmen im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2015



Ursprungsdaten: Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
© 2016 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Interview.** Ökonomisch gesehen trennen Bayern und Nordrhein-Westfalen oft Welten. Der iwd sprach mit der bayerischen Wirtschaftsministerin **Ilse Aigner** (CSU) und ihrem NRW-Kollegen **Garrelt Duin** (SPD) über die Gründe und Hintergründe.



# Wirtschaftspolitik an Isar und Düsseldorf

**Bayerns Wirtschaft wächst, die in Nordrhein-Westfalen nicht. Haben die bayerischen Unternehmen die besseren Produkte?**

**Aigner:** Dass wir in Bayern so gut dastehen, liegt daran, dass unsere Produkte sehr stark nachgefragt sind, auch im Ausland. Unsere Unternehmen sind äußerst wettbewerbsfähig. Bayern ist als global vernetzter Wirtschaftsstandort ein wichtiger und verlässlicher Wachstumsmotor für Deutschland und ganz Europa – wir sind Wachstumsspitzenreiter im Bundesvergleich und rechnen auch 2016/17 mit einem überdurchschnittlichen Wachstum.

**Duin:** Auch nordrhein-westfälische Unternehmen sind mit guten, oft hochinnovativen Produkten teilweise hochprofitabel auf den Weltmärkten präsent. Traditionsreiche Hidden Champions aus Südwestfalen oder dem Münsterland können es mit jedem Wettbewerber im In- und Ausland aufnehmen. Den Ursachen der Wachstumslücke im Vergleich zu anderen Bundesländern gehen wir in einer umfassenden Analyse auf den Grund, die in Kürze erscheint.

**Was haben Sie zuletzt konkret unternommen, um die Wirtschaft in Ihrem Bundesland anzukurbeln?**

**Duin:** Wir machen die Wirtschaft in NRW fit für das digitale Zeitalter. Dazu habe ich vor wenigen Wochen unsere zweistufige Gigabit-Strategie vorgestellt: Im ersten Schritt stellen wir die flächendeckende Versorgung der Privathaushalte mit einer Bandbreite von 50 Megabit pro Sekunde bis 2018 sicher und bringen alle Gewerbegebiete ans Glasfasernetz. Im zweiten Schritt wollen wir NRW flächendeckend bis 2026 mit einer Glasfaserinfrastruktur versorgen.

**Aigner:** Wir wollen mit drei neuen wirtschaftspolitischen Impulsen einen Modernisierungsschub anstoßen – ebenfalls vor allem in puncto Digitalisierung. Erstens wollen wir mit einer Initiative für Digitale Exzellenz unsere Kompetenzen in den Querschnittsthemen Forschung und Entwicklung, Software-Kompetenz und digitale Sicherheit stärken. Zweitens wollen wir ein Ökosystem für innovative Gründer schaffen. Und drittens wollen wir unsere Technologieförderprogramme neu ausrichten,

um weiterhin zu den innovativsten Regionen Europas zu zählen und Innovationssprünge zu gestalten.

**Gab es auch wirtschaftsfreundliche Vorhaben, an denen Sie kürzlich gescheitert sind?**

**Aigner:** Nach wie vor fehlen erkennbare Aktivitäten des Bundes zur steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudemodernisierung, obwohl diese Anfang Juli 2015 im Rahmen der Energiewende vereinbart wurden. Die Notwendigkeit, über Effizienzmaßnahmen CO<sub>2</sub>-Minderungspotenziale zu erschließen, ist aus fachlicher Sicht unbestritten. Um die Energieeffizienz- und Klimaschutzziele von Bund und Ländern zu erreichen, muss die energetische Gebäudemodernisierung steuerlich gefördert werden – und sie ist außerdem ein Konjunkturprogramm für das heimische Handwerk. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen – und zwar ohne Abstriche in anderen Bereichen.

**Duin:** Ich will faire Bedingungen im Einzelhandel. Es ist zum Beispiel nicht einzusehen, dass sogenannte Floh- und Trödelmärkte an Sonnta-



Fotos: © stmwi; MWEIMH NRW/Hojabr Riahi

gen stattfinden, wenn der stationäre Einzelhandel seine Geschäfte schließen muss. Das umfangreiche Neuwarenangebot auf solchen Märkten ist ein offenes Geheimnis. Eine entsprechende Gesetzesinitiative war in dieser Legislaturperiode nicht durchsetzbar. Ich habe bereits zugesagt, dass ich das Thema in neue Koalitionsverhandlungen einbringen möchte.

**In NRW gehen im Schnitt doppelt so viele Unternehmen pleite wie in Bayern. Woran liegt das?**

**Duin:** Unsere Insolvenzzahlen sind seit Jahren rückläufig: Vergleichen Sie die Jahre 2013 bis 2015 mit dem Zeitraum 2005 bis 2007 und lassen so die Finanzmarktkrise außen vor, dann sehen Sie einen Rückgang um 23 Prozent.

**Aigner:** Sicherlich sind einige der für Nordrhein-Westfalen traditionell wichtigen Branchen wie die Kohle- oder Stahlindustrie und mit ihnen weitere Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette von einem starken Strukturwandel betroffen. Wie sehr dies belasten kann, haben wir in Bayern selbst erlebt: Ich denke

hier zum Beispiel an den Strukturwandel in der Textil- und Glasindustrie in Nordbayern. Gerade in solchen Situationen zeigt sich die hohe Bedeutung unserer Wirtschaftspolitik: Mit gezielter Regionalförderung haben wir die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt – das Ergebnis sind hohes Wirtschaftswachstum und Arbeitsmärkte auf dem Weg zur Vollbeschäftigung.

**In NRW ist die Arbeitslosenrate doppelt so hoch wie in Bayern. Was macht Bayern richtig, was NRW falsch?**

**Aigner:** Die Arbeitskräftenachfrage in Bayern ist aktuell sehr hoch, da die bayerische Wirtschaft in Wachstumsmärkten sehr gut aufgestellt ist. Für die geringe Arbeitslosigkeit in Bayern – im August betrug sie 3,5 Prozent – und den Rekordstand bei der Beschäftigung ist auch die Qualifikation ausschlaggebend. Hier sorgt die Bayerische Staatsregierung im Dialog mit der Wirtschaft und den Kammern für die richtigen Akzente.

**Duin:** Die Arbeitslosigkeit in NRW sinkt und mit 6,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hatten an Rhein und Ruhr noch nie so viele Menschen Arbeit wie heute, 600.000 mehr als 2010. Ein Problem ist allerdings die hohe Langzeitarbeitslosigkeit. Deshalb legt NRW einen besonderen Schwerpunkt auf Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose.

**In vier Jahren sollen alle Bundesländer einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen. Bayern gelingt dies bereits, während NRW seine Verschuldung weiter erhöht hat. Wie lautet Ihre Prognose für 2020?**

**Duin:** Seit 2010 hat NRW seine Nettoneuverschuldung kontinuierlich um 75 Prozent auf 1,6 Milliarden Euro im Jahr 2017 abgebaut. Als Geberland im Finanzausgleich zahlen wir in diesem Jahr unter dem Strich rund 1 Milliarde Euro ein – auch

zugunsten von Ländern, die bei der Neuverschuldung auf den ersten Blick besser dastehen. An dieser konsequenten und kontinuierlichen Konsolidierung halten wir fest: Nach der jüngst im Kabinett beschlossenen Mittelfristigen Finanzplanung werden wir 2020 einen Überschuss von rund 900 Millionen Euro erzielen.

**Aigner:** Unser Credo in Bayern sind solide Staatsfinanzen. Nachhaltige Haushaltspolitik ist eine Frage der langfristigen wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit – und der Generationengerechtigkeit: Wir wollen nicht auf Kosten künftiger Generationen leben. Deshalb ist unser Ziel nicht nur, in den kommenden Jahren ohne Nettoneuverschuldung auszukommen, sondern auch, Schulden abzubauen und langfristig schuldenfrei zu werden.

**Wechseln Sie bitte für einen Moment das Bundesland. Frau Aigner, was würden Sie als Erstes tun, wenn Sie an Herrn Duins Schreibtisch säßen?**

**Aigner:** Um den Strukturwandel zu überwinden und die Zukunftschancen aktiv anzugehen, sind die notwendigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dabei gilt: Erwirtschaften kommt vor Umverteilen. Nicht sozialpolitische Wohltaten und immer neue Schulden, sondern wirtschaftlicher Erfolg ist die Grundlage für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze.

**Und Sie, Herr Duin, was würden Sie an Frau Aigners Stelle machen?**

**Duin:** Als bayerischer Wirtschaftsminister würde ich nach nordrhein-westfälischem Vorbild eine Servicestelle „Dialog schafft Zukunft“ einrichten. Denn wir müssen uns mit den Argumenten kritischer Bürgerinnen und Bürger auseinandersetzen. Gelebte Dialogkultur erhöht die Akzeptanz von Industrie- und Infrastrukturprojekten – nicht zuletzt beim Ausbau der Energienetze.

# Die Zukunft des Lernens

**E-Learning.** Die Digitalisierung der Arbeitswelt macht die permanente Weiterbildung in den Unternehmen unabdingbar, eröffnet aber auch neue Formen der Wissensvermittlung.

Am 29. September findet der 6. Deutsche Weiterbildungstag statt, und bei einigen der rund 500 Aktionen können sich Interessierte per E-Mail einen Link zuschicken lassen, um via Internet an der Veranstaltung teilzunehmen. Das funktioniert zum Beispiel – der Name ist Programm – beim „BranchenTalk DistanzE-Learning“, der das hochaktuelle Thema „Wirtschaft 4.0 – Bildung 4.0?“ diskutiert.

Tatsächlich ist das E-Learning, also das Lehren und Lernen mittels elektronischer Medien, im Zeitalter der Digitalisierung ein gewichtiges Zukunftsthema für die Unternehmen. Denn sie müssen sicherstellen, dass sie und ihre Mitarbeiter den sich grundlegend wandelnden Anforderungen gewachsen sind.

Das E-Learning zählt in der Statistik zur Kategorie „selbstgesteuertes Lernen mit Medien“. Am häufigsten nutzen Unternehmen davon die Lektüre von Fachzeitschriften und Fachbüchern; der zweite Platz entfällt auf eine Form des E-Learnings, wie die IW-Weiterbildungserhebung aus dem Jahr 2014 zeigt (Grafik):

**Je nach Betriebsgröße nutzen 27 bis 55 Prozent der Unternehmen interaktive Formen des Lernens – zum Beispiel Seminare im Web, kooperative Lernplattformen und Simulationen.**

Hinzu kommen computerbasierte Selbstlernprogramme und Videotrainings, die von jeweils gut einem Viertel der kleinen und mittleren Unternehmen sowie von fast der Hälfte der Großunternehmen eingesetzt werden.

Für die Lernenden bietet die digitale Weiterbildung zahlreiche Vorteile. Der vielleicht größte ist, dass das E-Learning räumlich und zeitlich unabhängig ist und so die Vereinbarkeit von Arbeit, Lernen und Familie vereinfacht. Auch die Unternehmen profitieren davon, wenn sich Mitarbeiter zeitlich flexibel weiterbilden können. Denn es ist gerade der Mangel an Zeit, der eine Weiterbildung oft genug verhindert – das sagen sowohl die Unternehmen als auch die Mitarbeiter.

Zudem bieten einige E-Learning-Formen wie Simulationen und unternehmensinterne Lernplattformen die Möglichkeit, die Inhalte an die Bedürfnisse des Unterneh-

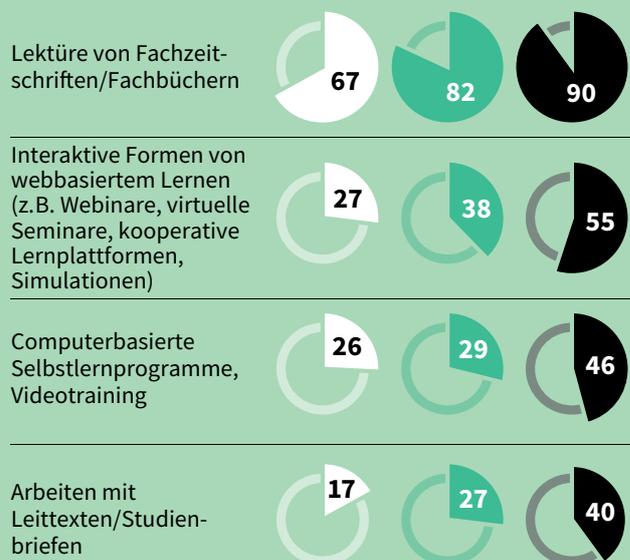
mens und der Mitarbeiter anzupassen. Personalisierte Assistenzsysteme zum Beispiel können zu effektiveren Lehr-Lern-Modellen führen. Wenn die Teilnehmer ihr Lerntempo selbst bestimmen und ihren Lernerfolg selbst kontrollieren können, steigt auch der Spaß an einer Weiterbildung.

Mittels E-Learning können auch jene Menschen erreicht werden, die aus Angst vor dem Lernen und vor möglichen Misserfolgen an Präsenzveranstaltungen nicht teilnehmen wollen. Allerdings erfordert die Nutzung von E-Learning in der Regel ein gewisses Maß an Erfahrung und Selbstdisziplin – und natürlich Computerkenntnisse.

## Lernen mit Medien

So viel Prozent der Unternehmen mit ... nutzen folgende Medien und Lernformen

- ... bis zu 49 Mitarbeitern
- ... 50 bis 249 Mitarbeitern
- ... 250 und mehr Mitarbeitern



Quelle: IW-Weiterbildungserhebung 2014, Befragung von 1.845 Unternehmen in Deutschland von April bis Juni 2014 © 2016 IW Medien / iwd

# Fortschritt macht älter

**Kfz-Bestand.** Zu Beginn des Jahres 2016 waren gut 45 Millionen Pkws in Deutschland zugelassen – fast vier Millionen mehr als vor acht Jahren. Dennoch werden die Autos im Schnitt immer älter. Das spiegelt sich sowohl im Durchschnittsverbrauch als auch in der Pannenstatistik wider.

Mehr als 3,2 Millionen Neuzulassungen im vergangenen Jahr haben die Zahl der Pkws in Deutschland auf 45,1 Millionen gehievt. Zwar machen Neuwagen des Jahrgangs 2015 rund 7 Prozent des gesamten Kfz-Bestands aus, der aber wird im Schnitt immer älter (Grafik):

**Im Jahr 2007 waren die Autos auf Deutschlands Straßen durchschnittlich etwas mehr als acht Jahre alt, mittlerweile haben sie über neun Jahre auf dem Buckel.**

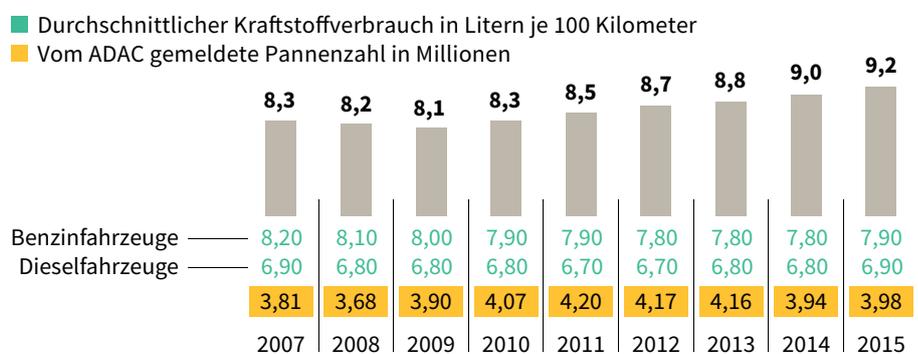
Der Grund dafür heißt Langlebigkeit: Weil die Fahrzeuge technisch immer besser werden und entsprechend lange halten, waren Ende 2015 schon fast 40 Prozent der Pkw-Flotte mindestens zehn Jahre alt, gut 5 Prozent waren sogar älter als 20 Jahre.

Allerdings wurde dieser Trend im Jahr 2009 einmalig unterbrochen. Damals sorgte die Umweltprämie – im Volksmund Abwrackprämie genannt – dafür, dass fast 1,8 Millionen Altfahrzeuge mit einem Durchschnittsalter von 14,4 Jahren verschrottet wurden und das durchschnittliche Alter der Flotte von 8,2 auf 8,1 Jahre zurückging.

Die aktuell 45 Millionen Autos sind – statistisch gesehen – bei einem Durchschnittsalter von 9,2 Jahren im Jahr 2006 vom Band gelaufen, also in dem Jahr, in dem die EU mit der CO<sub>2</sub>-Verbrauchsregulierung für Neuwagen begonnen hat. Dieser Effekt wird sich zwar erst künf-

## Der Fuhrpark altert

Durchschnittsalter der in Deutschland zugelassenen Pkws in Jahren



Quellen: ADAC, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Karlsruher Institut für Technologie  
© 2016 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

tin in der Statistik niederschlagen, dennoch sind die Verbräuche von Benzinern seit Jahren rückläufig. Bei Dieselfahrzeugen ist eine Seitwärtsbewegung zu beobachten. Da sich der Diesel aber immer mehr auf große Fahrzeuge konzentriert, ist diese Entwicklung nicht überraschend.

Insgesamt behindert die immer längere Nutzung der Autos eine Reduktion des Schadstoffausstoßes sowie des Verbrauchs fossiler Brennstoffe, da der Umstieg auf eine effizientere Technik verzögert wird.

Doch dies ist nicht der einzige Effekt. Wenn die Autos immer länger gefahren werden, steigt auch die Pannenhäufigkeit:

**Im Jahr 2007 musste der ADAC rund 3,8 Millionen Mal helfen, im Jahr 2015 waren es schon fast vier Millionen Einsätze.**

Das Pannen-Plus von 4,4 Prozent entspricht ziemlich genau der Zunahme der Pkw-Fahrleistung.

Bei der Interpretation dieser Zahlen ist jedoch zweierlei zu beachten. Zum einen gibt es witterungsbedingte Schwankungen. In den Jahren 2011 bis 2013 zum Beispiel waren die Winter hart und die Autos damit pannenanfälliger, 2015 fiel die kalte Jahreszeit eher mild aus. Zum anderen gab es 2014 den ADAC-Skandal um den manipulierten Autopreis „Gelber Engel“. Das hat andere Automobilclubs veranlasst, eine eigene Infrastruktur aufzubauen – diese Einsätze werden aber in der Pannenstatistik nicht mitgezählt. Deshalb hat zum Beispiel der Automobilclub von Deutschland eine eigene Statistik veröffentlicht und die Zahl der Einsätze für 2015 mit rund 100.000 angegeben.

# Twitter und der Daumen

**Social Media.** Weltweit nutzen unter 35-Jährige Twitter, Facebook und andere soziale Medien viel intensiver als ältere Erwachsene. Doch nirgendwo ist der Generationenunterschied so groß wie in Deutschland. Wie ist das zu erklären?

„Digital Native“ oder „Digital Immigrant“? Insider erkennen den Unterschied schon daran, ob jemand seine Whatsapp-Nachrichten mit beiden Daumen oder dem Zeigefinger tippt. Die Altersgrenze, die die geborenen Onliner von den angelernten trennt, zieht man derzeit gemeinhin bei etwa 35 Jahren. Der Generationenunterschied manifestiert sich aber nicht nur in der Handhabung des Smartphones, sondern auch in der Nutzung des Internets: So kommt von den unter 35-Jährigen rund um den Globus kaum noch einer ohne die sozialen Medien aus, während sich die älteren Jahrgänge in puncto Facebook, Twitter und Instagram eher zurückhalten. Besonders auffällig ist dieses Phänomen in den Industrieländern – vor allem in Deutschland (Grafik):

**Von den über 35-jährigen Internetnutzern sind nur 39 Prozent in den sozialen Netzwerken aktiv, von den unter 35-Jährigen aber 81 Prozent – damit beträgt der „Social Media Age Gap“ in Deutschland satte 42 Prozentpunkte.**

Größer ist die Alterslücke in keinem anderen der 30 Länder, deren Bürger vom amerikanischen Forschungsinstitut Pew Research Center zu ihrer Social-Media-Nutzung befragt wurden. Vergleichbar ist der Abstand zwischen Jung und Alt lediglich in Frankreich, wo er bei 41 Prozentpunkten liegt.

So kommt die digitale Alterskluft zustande:

**Altersbedingte Ursachen.** Ältere Erwachsene müssen den Umgang mit den sozialen Medien erst lernen. Deshalb teilen sie zum Beispiel viel seltener Bilder und Videos. Zudem sind Angehörige der Generation 40 plus meist nur mit jenen Menschen über Facebook und Co. verbunden, mit denen sie auch im realen Leben besser bekannt oder befreundet sind. Anders die „Digital Natives“: Sie nehmen oft jeden in ihr virtuelles Netzwerk auf, zu dem sie einen Berührungspunkt haben.

**Wirtschaftliche und politische Gründe.** In Deutschland bietet beispielsweise auch das Fernsehen verlässliche Informationen, und wichtige Dokumente werden

nach wie vor noch per Post verschickt. In Kenia dagegen lassen sich Daten am einfachsten via Smartphone austauschen, in politisch unruhigen Ländern wie Venezuela oder der Türkei sind die sozialen Netzwerke die schnellste Informationsquelle – und am schlechtesten vom Staat zu kontrollieren.



Mehr dazu lesen Sie unter: [link.iwd.de/socialmedia](http://link.iwd.de/socialmedia)

## Soziale Netzwerke: Dislike ab Mitte dreißig

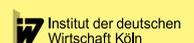
So viel Prozent der Internetnutzer in diesem Alter sind in den sozialen Medien aktiv

- 18 bis 34 Jahre
- 35 Jahre und älter
- Differenz in Prozentpunkten
- Internetnutzer in Prozent der Bevölkerung

Land	18 bis 34 Jahre	35 Jahre und älter	Differenz in Prozentpunkten	Internetnutzer in Prozent der Bevölkerung
Deutschland	81	39	42	85
Frankreich	83	42	41	75
Vietnam	86	49	37	50
Japan	78	43	35	69
Polen	86	51	35	69
Australien	91	60	31	93
Südkorea	75	45	30	94
Spanien	85	57	28	87
Kanada	93	65	28	90
Italien	83	57	26	72
USA	89	63	26	89
Vereinigtes Königreich	84	59	25	88
Mexiko	90	67	23	54
Indien	69	48	21	22
China	73	52	21	65
Brasilien	88	68	20	60
Kenia	86	68	18	40
Ukraine	90	73	17	60
Russland	94	78	16	72
Türkei	93	78	15	72
Argentinien	90	77	13	71
Venezuela	93	82	11	67

Befragung von jeweils rund 1.000 Einwohnern im Frühjahr 2015 (Ukraine: 2.079, Indien 2.452, China: 3.649); soziale Medien: Abgefragt wurden jeweils Facebook und Twitter sowie weitere von Land zu Land unterschiedliche Angebote, z. B. Instagram, Google Plus, LinkedIn und Xing

Ursprungsdaten: Pew Research Center © 2016 IW Medien / iwd



# Historische Chance vertan

**Grundsteuer.** Die Mehrheit der Länderfinanzminister ist sich einig: Die Grundsteuer muss reformiert werden. Doch der vorliegende Kompromiss ist zu teuer und zu bürokratisch, zeigt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in einer Studie. Dabei wäre die Lösung so einfach.

Die Grundsteuer bringt den Kommunen zwar Jahr für Jahr rund 13 Milliarden Euro (Grafik). Dennoch ist eine Reform dringend nötig. Grund dafür ist der sogenannte Einheitswert, an dem sich die Steuer orientiert:

**Der Einheitswert definiert den Wert eines Grundstücks zu einem festgelegten Zeitpunkt – für Westdeutschland ist dies das Jahr 1964, für Ostdeutschland sogar das Jahr 1935.**

Mit dem aktuellen Wert der Grundstücke haben die Werte also nichts mehr zu tun.

Die Länderfinanzminister wollen die Grundsteuer auch zukünftig anhand des Werts des Bodens und der darauf gebauten Gebäude ermitteln. Für die Grundstücke ist das ganz einfach, denn hier gelten die sogenannten Bodenrichtwerte – und die liegen inzwischen fast flächendeckend vor.

Das Problem sind die Gebäude: Die Minister wollen sie neu bewerten lassen, mit dem Jahr 2022 als Stichtag. Allein das dürfte bis zu zehn Jahre dauern, schließlich gibt es in Deutschland rund 35 Millionen Grundstücke – ein enormer bürokratischer Aufwand. Das Vorhaben wäre nicht nur zu teuer, es würde auch Investoren abschrecken, denn über Jahre wäre unklar, welche Steuern für Grundstücke und Gebäude zu zahlen sind.

Da die Minister den Wert der Gebäude zudem pauschal erfassen wollen, könnten vor allem Neubauten steuerlich benachteiligt werden: Die sogenannten Pauschalherstellungskosten unterscheiden bei Gebäuden nur die Nutzungsart und drei Baualtersklassen. Vom so abgeleiteten Gebäudewert wird dann noch eine Altersminderung abgesetzt, die maximal 70 Prozent des Gebäudewerts beträgt. Weil allein

das Alter zählt, werden vor allem Neubauten gegenüber modernisierten Altbauten benachteiligt. Doch auch wer bestehende Gebäude ausbaut, müsste dann mehr Steuern zahlen.

Die reformierte Steuer würde außerdem wichtige Bauvorhaben verhindern. Denn:

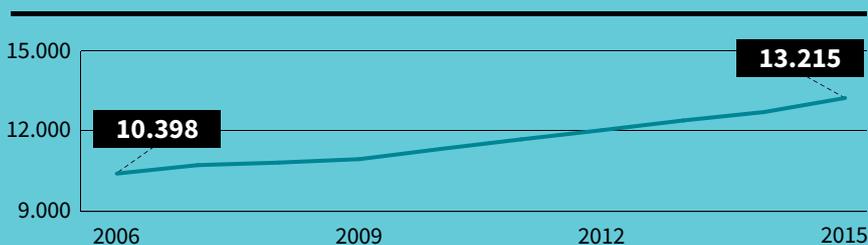
**Wer sein Grundstück bebaut, müsste nach dem Willen der Länderfinanzminister mehr Steuern zahlen als jemand, der das Grundstück brach liegen lässt.**

So mancher Investor könnte deshalb auf die Idee kommen, unbebaute Grundstücke kostengünstig als Spekulationsobjekte zu halten, um Steuern zu sparen. Doch gerade in den Großstädten würde dies die Wohnraumknappheit noch verschärfen.

All diese Probleme ließen sich umgehen, wenn die Gebäude bei der Grundsteuer außen vor blieben. Diese sollte als reine Bodensteuer konzipiert und auf Grundlage der Bodenrichtwerte ermittelt werden. Das erspart eine Menge Bürokratie und macht das Bauen wieder attraktiv – weil für ein bebautes Grundstück genauso viele Steuern fällig werden wie für ein unbebautes.

## Verlässliche Einnahmequelle

So viele Millionen Euro nehmen die Kommunen insgesamt durch die Grundsteuer ein



Grundsteuer A: Abgaben für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft;  
Grundsteuer B: Steuern auf sonstige privat und gewerblich genutzte Flächen

Quelle: Bundesfinanzministerium  
© 2016 IW Medien / iwd

**IW** Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

### IW-Kurzbericht 58/2016

Ralph Henger, Thilo Schaefer: Grundsteuerreform: Eine Bodensteuer wäre besser

[iwkoeln.de/grundsteuer](http://iwkoeln.de/grundsteuer)

# Arbeit in Deutschland ist teuer

**Personalkosten.** Westdeutsche Industriebetriebe mussten auch im Jahr 2015 mit sehr hohen Arbeitskosten zurechtkommen. Nur in wenigen, kleineren Ländern war Personal teurer. Zu diesem Ergebnis kommt der 44 Länder umfassende Arbeitskostenvergleich des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW).

Die Arbeitskosten setzen sich aus vielen Bestandteilen zusammen. Zum Bruttolohn oder -gehalt eines Mitarbeiters – dem sogenannten Direktentgelt – kommen als größter Posten die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung hinzu. Ins Gewicht fallen aber auch die betriebliche Altersvorsorge und die sonstigen Zusatzkosten – dazu zählen Entlassungsentschädigungen, Kantinenzuschüsse, Familienbeihilfen. Addiert man alle diese Posten, dann zeigt sich (Grafik):

**Mit Arbeitskosten von 40,90 Euro je Stunde war Westdeutschland 2015 der sechstste Industriestandort der Welt.**

Vergleichsweise niedrig sind die Arbeitskosten in Ostdeutschland mit 26,26 Euro pro Stunde. Zwar ist im Osten die Produktivität deutlich niedriger als im Westen. Neuansiedlungen können jedoch technisches wie Vertriebs-Know-how mitbringen und haben so die Chance, niedrige Arbeitskosten mit hoher Produktivität zu kombinieren.

Weitaus günstiger als die westdeutsche Industrie produzierte auch die angelsächsische Konkurrenz – in den Vereinigten Staaten kostete die Arbeitsstunde umgerechnet 34 Euro,

## Arbeitskosten international

je Arbeitnehmerstunde im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2015 in Euro

Schweiz	58,13	Malta	14,00
Norwegen	49,28	Zypern	12,83
Belgien	43,20	Portugal	11,15
Dänemark	42,77	Slowakei	10,23
Schweden	41,14	Estland	9,95
<b>Westdeutschland</b>	<b>40,90</b>	Tschechien	9,75
<b>Deutschland</b>	<b>38,99</b>	Kroatien	8,23
Frankreich	37,47	Ungarn	7,84
Finnland	36,82	Polen	7,69
Österreich	36,18	Brasilien	7,61
Niederlande	34,99	Lettland	6,62
USA	33,96	Litauen	6,53
Luxemburg	31,27	China	6,19
Irland	30,86	Türkei	6,09
Vereinigtes Königreich	30,03	Mexiko	5,37
Kanada	27,98	Russland	4,95
Italien	27,92	Rumänien	4,47
<b>Ostdeutschland</b>	<b>26,26</b>	Weißrussland	3,67
Japan	22,88	Bulgarien	3,40
Spanien	22,69	Georgien	2,37
Südkorea	22,17	Philippinen	2,18
Slowenien	15,36	Republik Moldau	2,03
Griechenland	14,91	Ukraine	1,78

Zahlen zum Teil vorläufig; Umrechnung anhand des jahresdurchschnittlichen amtlichen Devisenkurses für das Jahr 2015

Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank, Eurostat, Internationale Arbeitsorganisation, nationale Quellen, U.S. Department of Labor  
© 2016 IW Medien / iwd

im Vereinigten Königreich betragen die Arbeitskosten zuletzt 30 Euro in der Stunde.

Wer einen Blick nach Südeuropa wirft, versteht kaum, warum der Bundesrepublik immer wieder vorgeworfen wird, sie betreibe Lohndumping. Denn die Arbeitskosten in den südeuropäischen Krisenländern blieben auch 2015 mit 11 Euro (Portugal) bis 28 Euro (Italien) pro Stunde zum Teil weit unter dem deutschen Niveau.

Bei den Personalzusatzkosten – alles, was zusätzlich zum Lohn für tatsächlich geleistete Arbeit gezahlt wird – liegt Deutschland im Mittelfeld (Grafik). Im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe kommen auf je 100 Euro Direktentgelt knapp 76 Euro Personalzusatzkosten. Beim Spitzenreiter Belgien sind es sogar mehr als 99 Euro. Aber auch in Österreich und Italien kommt durch die Personalzusatzkosten fast ein zweites Gehalt zusammen.

Verantwortlich für diese Spitzenwerte sind die Sozialbeiträge, die in den drei teuersten Ländern zu einem Großteil von den Arbeitgebern geschultert werden müssen. In Deutschland teilen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Beitragslast jeweils zur Hälfte – abgesehen vom Zusatzbeitrag in der Krankenversicherung, der allein Sache der Beschäftigten ist.

**In der dänischen Industrie beträgt die Zusatzkostenquote nur 38 Prozent, weil die soziale Sicherung überwiegend steuerlich finanziert wird.**

Gegen den reinen Vergleich der industriellen Arbeitskosten wird immer wieder eingewendet, dass über Vorleistungen auch die Arbeitskosten der Dienstleister in den Preis eines Produkts einfließen. Sind deren Arbeitskosten – wie etwa am Standort Deutschland – im Vergleich zur Industrie relativ günstig, schnei-

## Zusatzkosten: In Belgien ein zweites Gehalt

Personalzusatzkosten je 100 Euro Direktentgelt im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2015 in Euro

Belgien	99,3	Norwegen	61,2
Österreich	91,7	Litauen	61,1
Frankreich	88,6	Estland	55,9
Italien	88,0	Slowenien	53,6
Spanien	84,6	Irland	51,8
Japan	83,0	USA	50,6
Griechenland	82,2	Rumänien	49,7
Tschechien	76,1	Polen	49,1
Niederlande	75,8	Kroatien	48,1
<b>Westdeutschland</b>	<b>75,8</b>	Luxemburg	47,5
<b>Deutschland</b>	<b>74,3</b>	Malta	46,7
Schweden	74,3	Zypern	46,5
Finnland	72,2	Kanada	43,7
Ungarn	71,6	Lettland	43,0
Portugal	68,6	Vereinigtes Königreich	41,7
Slowakei	67,8	Bulgarien	38,2
Schweiz	64,3	Dänemark	37,9
<b>Ostdeutschland</b>	<b>62,7</b>		

Personalzusatzkosten: einschließlich erfolgs- und leistungsabhängiger Sonderzahlungen

Ursprungsdaten: Eurostat, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt  
© 2016 IW Medien / iwd

**iw** Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

det ein Standort tatsächlich besser ab, als es allein das Kostenranking des Verarbeitenden Gewerbes aussagt.

Allerdings sind auch bei dieser Betrachtungsweise drei Viertel der produktbezogenen Arbeitskosten in Deutschland hausgemacht.

Das heißt: Selbst wenn man die Lohnkosten der Vorleister im Rahmen einer Mischkalkulation einbezieht, ändert sich an der internationalen Arbeitskostenrangliste nichts. Deutschland – die Statistik erlaubt hier nur einen gesamtdeutschen Wert – bleibt mit 36,86 Euro je Stunde auf Rang sechs.

In diesem Jahr wird die deutsche Arbeitskostenposition durch zwei Faktoren beeinflusst:

**1. Verdienste.** Der Arbeitskostenindex des Verarbeitenden Gewerbes ist im ersten Halbjahr 2016 um 2,1 Prozent gestiegen. Im Euroraum und in der EU insgesamt erhöhten

sich die Personalkosten zuletzt ähnlich stark.

Die Beitragssätze zur Sozialversicherung dagegen werden die deutschen Arbeitskosten in diesem Jahr nicht treiben, denn die höheren Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sind allein von den Arbeitnehmern zu schultern.

**2. Wechselkurse.** Von ihnen dürfte 2016 keine nennenswerte Entlastung mehr kommen. Der Kurs des US-Dollar war in den ersten acht Monaten weitgehend stabil und gegenüber 2015 kaum verändert. Das britische Pfund notiert seit der Brexit-Entscheidung sogar deutlich schwächer als 2015, während der japanische Yen gegenüber dem Euro zuletzt kräftig aufwertete.

### Aus IW-Trends 3/2016

Christoph Schröder: Industrielle Arbeitskosten im internationalen Vergleich  
[iwkoeln.de/arbeitskosten](http://iwkoeln.de/arbeitskosten)

Adressaufkleber

Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
**Chefredakteur:** Ulrich von Lampe  
(verantwortlich)  
**Stellv. Chefredakteur:** Jork Herrmann  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef),  
Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf,  
Sara Schwedmann, Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer  
**Grafik:** IW Medien GmbH  
**Telefon:** 0221 4981-523  
**Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** [iwd@iwkoeln.de](mailto:iwd@iwkoeln.de)  
**Bezugspreis:**  
€ 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten,  
inkl. Mehrwertsteuer,  
Erscheinungsweise 14-täglich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
Telefon: 0221 4981-443,  
[hartmann@iwkoeln.de](mailto:hartmann@iwkoeln.de)  
**Verlag:**  
Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445  
**Druck:** Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die  
elektronische Verwertung über:  
[lizenzen@iwkoeln.de](mailto:lizenzen@iwkoeln.de)  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:  
[pressemonitor.de](http://pressemonitor.de)

**iw.köln.wissen**  
SCHAFFT KOMPETENZ.

# Top-Liste: Der Hauptstadt-Faktor

Manche Hauptstadt ist ein wirtschaftliches Schwergewicht, manche nicht. Im Vergleich der G7-Länder hat Paris die Nase vorn: Ohne die Pariser und ihre Wirtschaftsleistung würde Frankreichs Bruttoinlandsprodukt je Einwohner um 17,4 Prozent kleiner ausfallen. Das genaue Gegenteil bewirkt Berlin – rein rechnerisch wäre jeder Bundesbürger ohne die Hauptstadt um 0,5 Prozent wohlhabender. Ökonomisch ähnlich unbedeutend ist von den G7-Hauptstädten nur Ottawa für Kanada.

 Mehr unter: [link.iwd.de/g7-hauptstaedte](http://link.iwd.de/g7-hauptstaedte)

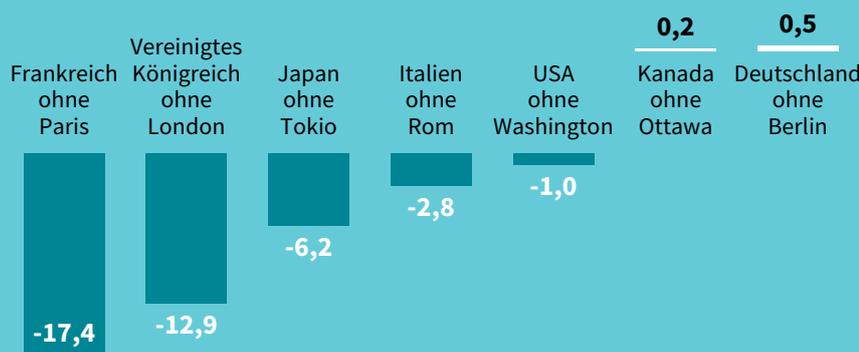
## Zahl der Woche



kostet die teuerste Maß Bier auf dem diesjährigen Münchener Oktoberfest, 10,40 Euro die günstigste. Im vergangenen Jahr gingen 7,5 Millionen Maß Bier über die Wiesen-Theken – bestellt von insgesamt 5,9 Millionen Besuchern.

### Wohlstand ohne Hauptstadt: Der G7-Vergleich

Um so viel Prozent ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im jeweiligen Land niedriger (-) oder höher (+), wenn man die Hauptstadt samt zugehöriger Metropolregion außen vor lässt



Stand: 2012; Metropolregion: Die Abgrenzung erfolgt nicht wie üblich anhand von Verwaltungsgrenzen, sondern auf Basis verschiedener funktionaler Kriterien für den räumlichen Zusammenhang wie Bevölkerungsdichte und Pendlereinzugsgebiet

Ursprungsdaten: OECD  
© 2016 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

## Neu auf [iwd.de](http://iwd.de): Eine Steuerentlastung, aber eine sehr kleine

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will die Steuerzahler in den kommenden zwei Jahren entlasten – und den Grund- und den Kinderfreibetrag erhöhen sowie den Einkommenssteuertarif an die kalte Progression anpassen. Wird sein Vorschlag umgesetzt, hat jeder Steuerzahler mehr Geld im Portemonnaie. Mehr ist allerdings relativ – für den Einzelnen fällt vergleichsweise wenig ab.

